

# Gefühlte Sicherheit ist zentrales Problem

LESEDAUER: 5 MIN



Nachholbedarf bei „Innerer Sicherheit“: Darüber haben Polizei und Politik in Tuttlingen gesprochen. (Foto: Axel Heimken)

16. Juli 2019

 SIMON SCHNEIDER



Nachholbedarf in der „Inneren Sicherheit“: Der Bundesvorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund** Rainer Wendt hat am vergangenen Montag im Polizeipräsidium Tuttlingen an die Unionsparteien appelliert.

Rainer Wendt stellte zu Beginn seiner Ansprache vor zahlreichen geladenen Gästen, darunter den Landesminister für Justiz und Europa Guido Wolf, klar, dass es den Gegensatz von Bürgerrechten und **Polizei** nicht gebe, auch wenn dieser häufig aufgebaut werde. Ebenso findet er, dass es ein großes Glück sei, in Deutschland geboren und aufgewachsen zu sein und hier leben zu dürfen. „Milliarden Menschen würden dies mit uns teilen wollen“, meint er und ergänzt: „Deutschland hat eine hervorragende Polizei die gut ausgebildet und ausgestattet ist. Wir können große Herausforderungen bewältigen. Aber die Politik darf nicht nachlassen, sie weiter zu verstärken, gerade was die Technik und das Personal angeht“. Deutschland werde laut Wendt immer sicherer, aber „den Opfern hilft das nicht“, gibt er zu verstehen.

Aber er sagte auch: Wenn die Menschen vor die Türe gehen, wollen sie das Gefühl haben, dass der Staat und Polizei auch für sie da sei. Dieses Sicherheitsempfinden sei ein Stück weit verlorengegangen. Diese komme laut Einschätzung von Wendt unter anderem von der „Kommunikation und der Informationsflut über beispielsweise die sozialen Netzwerke“. Dies könne man nicht steuern, dagegen aber die Präsenz von Polizei und Staat in der Öffentlichkeit. „Starke Polizei und eine durchgreifende Justiz sind die Dinge, die das Sicherheitsgefühl auch wieder verbessern“, sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund. „Insbesondere bei der terroristischen Bedrohung haben die Menschen viel mehr Angst, als die Wahrscheinlichkeit da ist, Opfer eines terroristischen Anschlags zu sein“, sagte Wendt. Dennoch erreiche solch eine Meldung jeden Haushalt, als sei der Anschlag um die Ecke passiert. „Es werden mehr Terroranschläge in Deutschland verhindert, als tatsächlich passieren“, sagt Wendt. Vor allem die Vorratsdatenspeicherung sei ein wichtiges Instrument, das man der Polizei an die Hand geben müsse, um diverse Netzwerke aufzudecken.

Die Handlungsfelder der Polizei teilte er in die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Herausforderung durch Terrorismus, die Cyberkriminalität und die Kriminalität mit der Zuwanderung ein.

Ebenso ging Wendt auf rechtsextremistische Straftaten ein, bei denen genau hingeschaut werden müsse. Stichwort: Antisemitismus. Dabei dürfe es keine kulturellen Rabatte geben. „Antisemitismus kann niemals Religionsfreiheit sein“, sagte er.

Rainer Wendt ist bekennendes CDU- und CSU-Parteimitglied. Seiner Unionspartei gab er den Appell, dass die Partei „wieder erkennbarer“ werden müsse als bisher. Die CDU müsse sich von den politisch extremen fernhalten, sowohl von Links- als auch von den Rechtsextremisten. Die Union müsse beispielsweise in der Migration „zwingend eine andere Politik machen“. Er sprach sich unmissverständlich als „entschiedener Gegner“ nach dem Motto „Weiter so“ aus. Jede Woche kämen „unkontrolliert 3000 bis 5000 Menschen“ nach Deutschland. Somit würden auch die Probleme jede Woche größer werden. „Das kann nicht immer so weitergehen“, findet er.

Der Polizeipräsident Gerhard Regele stellte zuvor die Eckdaten des Polizeipräsidiiums vor und ging auf die Gewalt an Polizeibeamten ein. In seinem Zuständigkeitsbereich seien im vergangenen Jahr 100 von 1250 Kollegen verletzt worden. „Davon müssen wir weg. Das ist ein großes Anliegen von mir“, sagte Regele. Er hoffe, dass die Body-Cams diesen Umstand positiv beeinflussen.

Im Anschluss besichtigte Wendt mit den geladenen Gästen und dem Polizeipräsidenten Regele das Tuttlinger Polizeipräsidium. Die Veranstaltung wurde vom Wirtschaftsrat der CDU organisiert.